

Ä1 Sicherung der Gemeinwohlorientierung der HHLA und Prüfung von geeigneten Maßnahmen zur Umsetzung der Ziele aus dem Hafenenwicklungsplan - Keine Übertragung und kein Verkauf von (weiteren) HHLA-Anteilen der HGV

Antragsteller*in: Landesvorstand GRÜNE Hamburg

Beschlussdatum: 11.04.2024

Titel

Ändern in:

Globalalternative zu A01: MSC-Beteiligung an der HHLA: GRÜNE Perspektive auf die geplante Zusammenarbeit und Wege für ökologische und wirtschaftliche Stärke des Hafens

Änderungsantrag zu A01

Die Fläche und die vorhandenen Infrastrukturen des Hamburger Hafens beinhalten vielfältige Herausforderungen und Potenziale zugleich. Wir wollen die Nutzung der Hafenumflächen intensivieren und ökologisieren, die Nutzung der Flächen besser in den Einklang mit der Umwelt bringen, ohne dass dabei die hafenumwirtschaftlich nötige Flexibilität verloren gehen darf. Wir Grüne wollen in weiteren Prozessen eine pro-aktive Hafenstrategie eng mit den zuständigen Mitgliedern in der Bürgerschaft und dem Senat weiterentwickeln und im Regierungsprogramm 2025 festhalten.

In diesem Sinne soll der Hamburger Hafen als wirtschaftliches Rückgrat unserer Stadt weiterhin zukunftsfähig aufgestellt bleiben. Dazu haben wir uns als GRÜNE klar positioniert (s. Leitantrag von Juni 2023 „Zukunft der Wirtschaft in Hamburg - Nachhaltig, Innovativ, Erfolgreich!“). Die politische Unterstützung des Hafens und der im Hafen ansässigen Schifffahrts-, Logistik- und Industrieunternehmen ist ein entscheidender Hebel zum Erreichen seiner Klimaneutralität. Wir müssen die Hafenumareale zum Dreh- und Angelpunkt für erneuerbare Energien und die Industrie 4.0 entwickeln. Mit dem Innovationshafen 2040 sichern wir die wirtschaftliche Basis für die sozial-ökologische Transformation. Wir arbeiten fortlaufend an konkreten Maßnahmen für die Umsetzung und fordern Senator*innen dazu auf, in allen anstehenden Entscheidungen unsere grüne Position für einen digitalen und ökologischen Zukunftskurs des Hafens einzubringen.

Der Hafen Hamburg ist ein Universalhafen, mit zahlreichen, unterschiedlich zukunftsfesten Segmenten (Container-Umschlag, Energieimport, Kreuzfahrt, Massengüter, Grundstoff- und Fertigungsindustrie, Logistik, E-Commerce u.a.). Das Segment Container-Umschlag, früher einziger Parameter für den Erfolg des Hafens, ist in Hamburg als Geschäftszweig in den letzten fünfzehn Jahren im Vergleich zu den vermeintlichen Konkurrenzhäfen ins Strudeln geraten, trotz den von uns kritisierten Elbvertiefungen. Im Vergleich mit anderen Häfen hat Hamburg stark an Umschlag verloren und es ist nicht absehbar, dass sich dieser Trend von alleine umkehrt. Dem Vorhaben des Senats, mit MSC einen weiteren Akteur an den Hafen zu binden und damit zusätzliches Containervolumen, als einen von vielen Bausteinen eines zukunftsfesten Hafens, sowie Jobs nach Hamburg zu holen, stehen wir grundsätzlich offen gegenüber und begleiten den weiteren Prozess kritisch (siehe dazu Beschluss des Landesausschusses vom 7. November 2023 „Einbringung der HHLA Anteile der Stadt Hamburg in ein gemeinsames Joint Venture mit der MSC Mediterranean Shipping Company S.A. – Voraussetzungen für eine fundierte Entscheidung der Hamburger Bürgerschaft schaffen“).

Positiv bewerten wir die Tatsache, dass Hamburg weiterhin Mehrheitsaktionär des geplanten gemeinsamen Joint Ventures bleiben soll und dieses auch in den zukünftigen Führungsstrukturen bei der HHLA und der Port of Hamburg Beteiligungsgesellschaft SE abgebildet wird. Ein mehrheitlicher Verkauf der HHLA an Dritte, für den sich wohl einige Wettbewerber interessiert hatten, ist für uns

GRÜNE ausgeschlossen. Wir bestehen jetzt und in Zukunft darauf, über die mehrheitliche Beteiligung im Zweifelsfall die Steuerung kritischer Infrastruktur in der Hand zu halten.

Als GRÜNE Hamburg ist es uns wichtig, dass die zukünftigen Eigentümerstrukturen konsequent an den Interessen der Hansestadt Hamburg als Eigentümerin unter Berücksichtigung der angemessenen Vertretung der Mitarbeitenden ausgerichtet sind. Wir begrüßen, dass in der nun geplanten Konstruktion kein externer Mitgesellschafter unmittelbar Aktien an der HHLA besitzt. Damit verzichtet MSC zunächst einmal auf die grundlegenden Rechte, die sich aus dem Besitz von knapp 49 % der Aktien an der HHLA ergeben würden. Stattdessen sind die Mitbestimmungsrechte des neuen Gesellschafters in Verträgen mit der Stadt so geregelt, dass die oben genannten Interessen voll umfänglich gewahrt sind. Die neue Port of Hamburg SE tritt gegenüber der HHLA als einziger Gesellschafter auf und wird gegenüber der HHLA immer mit einer Stimme sprechen. Für die Grüne Partei Hamburg ist klar, dass die nun gewählte Unternehmensform auf die vereinbarten Regelungen in Interesse der Stadt und der Beschäftigten keinerlei Einfluss nehmen darf.

Entscheidende Faktoren für die Beteiligung von MSC an der HHLA sind für uns vor allem, die Sicherung der Arbeitnehmer*innenrechte und der betrieblichen Mitbestimmung, die Verbindlichkeit der Investitionszusagen der Partner, die wirtschaftliche Perspektive für die Entwicklung der HHLA, die Sicherung der Zugänglichkeit der Hamburger Terminals für alle Wettbewerbsteilnehmer und vor allem die Exit-Optionen. Wir GRÜNE blicken kritisch auf private Beteiligungen an öffentlichen Unternehmen und sichern die Exit-Optionen ab und stellen so sicher, dass wirtschaftlicher Schaden von der Stadt abgewendet wird. Einen Ausverkauf wird es mit uns GRÜNE nicht geben.

Wir fordern daher die GRÜNE Bürgerschaftsfraktion und die Senator*innen dazu auf, mit Blick auf die angeführten Aspekte (v.a. Arbeitsplatzsicherheit, betriebliche Mitbestimmung, wirtschaftliche Sinnhaftigkeit aus volkswirtschaftlicher Perspektive, Preisbildung, Ökologisierung, Exit-Optionen), die strategische Partnerschaft des Senats mit MSC zum Betrieb der HHLA AG sowie deren Modernisierung und Neuaufstellung der Terminals, kritisch und ausführlich zu prüfen, Chancen und Risiken abzuwägen und maximale Sicherheiten für die Stadt und Beschäftigte einzufordern. Ferner muss vertraglich gewährleistet sein, dass die Stadt und der Senat auch in Zukunft in allen maßgeblichen Entscheidungen eingebunden sind. Zudem fordert die Landesmitgliederversammlung den Senat auf, auf Basis der kürzlich vom Bund beschlossenen nationalen Hafenstrategie die Bemühungen um eine intensivere Zusammenarbeit mit den anderen Bundesländern für eine koordinierte norddeutsche Hafenpolitik zu verstärken.

Ä1 (Post)Koloniale Erinnerungskultur in Hamburg stärken, Forschungsstelle „Hamburgs (post)koloniales Erbe“ der Universität Hamburg sichern und verstetigen

Antragsteller*in: Selina Lea Sophie Storm

Änderungsantrag zu A4

Von Zeile 48 bis 57:

Wir sehen in einem angemessenen Umgang mit dieser Geschichte ~~auch~~ ein großes Potenzial: Hamburg kann in der Aufarbeitung der europäischen Kolonialgeschichte ~~ein ‚Leuchtturm‘ werden~~ seine Funktion als ‚Leuchtturm‘ ausbauen – und damit auch ein Bollwerk gegen den gegenwärtig in ganz Europa zu beobachtenden Rechtsruck sein. Als Hamburger GRÜNE setzen wir uns daher weiter dafür ein, ~~den Weg einer dekolonialen Wissenschafts- und Erinnerungskultur auch hier~~ die Erinnerungskultur hier in unserer Stadt offensiv fortzusetzen und die dekoloniale Forschung in Hamburg fest zu verankern. 2014 hat der Hamburger Senat die Forschungsstelle "(Post)Koloniales Erbe" eingerichtet, um den Kolonialismus in Hamburg aufzuarbeiten. Die Forschungsstelle ~~wird von Prof. Dr. Jürgen Zimmerer geleitet und~~ erforscht „[...] Dynamiken, Repräsentationen, Nachwirkungen und Kontroversen des (deutschen) Kolonialismus und der Globalisierung (oder

Begründung

Wir sind der Auffassung, dass es bereits viele gute, von Grünen mit vorgebrachte Initiativen in dem Bereich gibt. Die Forschungsstelle an sich ist unabhängig von der Person des Prof. Zimmerers relevant. Des weiteren sollte klar hervorgehen, dass wir die Hochschulautonomie respektieren, damit die Forschung nicht in den Verdacht gerät, lediglich politisch motiviert zu sein.

Unterstützer*innen

Martin Burmester (KV Hamburg-Altona); Florian Lucks (KV Hamburg-Nord); Michael Gwosdz (KV Hamburg-Eimsbüttel); Ann-Katrin Knemeyer (KV Hamburg-Eimsbüttel); Mathilda Kähler (KV Hamburg-Altona); Carl Jannes Neuse (KV Hamburg-Altona); Laura Schröder (KV Hamburg-Altona); Ulrich Gierse (KV Hamburg-Altona); Mareike Engels (KV Hamburg-Altona); René Gögge (KV Hamburg-Nord)

Ä2 (Post)koloniale Erinnerungskultur in Hamburg stärken, Forschungsstelle „Hamburgs (post)koloniales Erbe“ der Universität Hamburg sichern und verstetigen

Antragsteller*in: Julius Nebel (KV Hamburg-Mitte)

Änderungsantrag zu A4

Von Zeile 127 bis 129:

- ~~Die weitere Stärkung~~ Der Senat bekennt sich zur Verantwortung zur wissenschaftlichen Aufarbeitung der kolonialen Vergangenheit Hamburgs, stärkt die Forschung zum (post)kolonialen Erbe in Hamburg und ~~der~~ die Kooperationen mit dem globalen Süden, ~~u.a. durch~~ Daher garantiert der Senat die Fortführung Existenz der Forschungsstelle „Hamburgs (post)koloniales Erbe“ ~~an~~. Hierzu soll die Forschungsstelle im Rahmen der UHH Profiline Initiative als sichtbare Organisationseinheit mit eigenem Budget aus dem Landeshaushalt erhalten bleiben. Um die Forschungsstelle als Kern der Profiline Initiative dauerhaft zu sichern sollen zur Aufstockung der Landesmittel ausserdem Bundesmittel eingeworben werden.

Begründung

Die Forderung nach der Stärkung der Forschungsstelle sollte konkretisiert werden.

Unterstützer*innen

Jan Beckstedde (KV Hamburg-Nord); Holger Mossakowski (KV Hamburg-Nord); Alske Rebekka Freter (KV Hamburg-Nord); Claudia Hoffmann (KV Hamburg-Eimsbüttel); Mathis Lorenzen (KV Hamburg-Nord); Gorden Isler (KV Hamburg-Nord); Moritz Lamparter (KV Hamburg-Nord); Kemal Anıl Kaputanoğlu (KV Hamburg-Nord); Miriam Block (KV Hamburg-Harburg); Susanne Hesemann (KV Hamburg-Eimsbüttel); Beate Seelis (KV Hamburg-Nord); Jan Vlamynck (KV Hamburg-Bergedorf); Joachim Binder (KV Hamburg-Nord)

Ä1 Hamburg besticht durch erfolgreiche und schlanke Verwaltungsprozesse!

Antragsteller*in: LAG Wirtschaft und Finanzen

Beschlussdatum: 09.04.2024

Änderungsantrag zu A5

Von Zeile 15 bis 16 einfügen:

brauchen eine Verwaltung, die ihre Kund*innen begleitet, bei der Suche nach Lösungen unterstützt und ihnen proaktiv Dienstleistungen anbietet. Der sich verstärkenden Fach- und Arbeitskräftemangel betrifft auch den öffentlichen Dienst. Viele Stellen können schon jetzt nicht zeitnah nachbesetzt werden. Eine Effizienz- und Produktivitätssteigerung ist auch aus diesem Grund notwendig.

Ä2 Hamburg besticht durch erfolgreiche und schlanke Verwaltungsprozesse!

Antragsteller*in: Michael Gwosdz (KV Hamburg-Eimsbüttel)

Änderungsantrag zu A5

Von Zeile 70 bis 74:

- Bestehende laufende Berichtspflichten an die Bürgerschaft im Einvernehmen mit der Bürgerschaft dahingehend zu überprüfen, erstens welche Informationen aus den Berichten ~~überhaupt gelesen~~ noch benötigt werden, zweitens ob Berichte automatisch erstellt werden können und drittens, ob es ~~überflüssige~~ Berichte gibt, die gänzlich gestrichen werden können oder beispielsweise durch den Zugriff auf Datenbanken auch für Abgeordnete und deren Mitarbeiter*innen ersetzt werden können.

Begründung

Berichtspflichten des Senats und der Hamburger Verwaltung sind folgen von Beschlüssen der Bürgerschaft als Parlament. Die Verwaltung sollte diese nicht einseitig aufkündigen, selbst wenn sie es verfassungsrechtlich dürfte. Dies ist aber kein angemessener Umgang mit dem Parlament. Daher ist es empfehlenswert, diesen Punkt so zu formulieren, dass er im Einvernehmen mit der Bürgerschaft erfolgt. Auch sollte nicht unterstellt werden, dass Berichte erstellt werden, die niemand liest. Stattdessen könnten aber diverse Berichte auch durch den tagesaktuellen Zugang auf digitale Tools für Abgeordnete und Mitarbeiter*innen ersetzt werden. Ein beispielhafter Prozess ist im Bereich der Sozialpolitik beispielsweise die Ablösung der sogenannten Lebenslagenberichte durch digitale Lösungen, die die Berichterstattung quasi in Echtzeit ermöglichen.

Unterstützer*innen

Lena Zagst (KV Hamburg-Mitte); Mareike Engels (KV Hamburg-Altona); Christa Möller-Metzger (KV Hamburg-Wandsbek); Alske Rebekka Freter (KV Hamburg-Nord); Jennifer Jasberg (KV Hamburg-Bergedorf); Yusuf Uzundag (KV Hamburg-Altona); Linda Heitmann (KV Hamburg-Altona); Lisa Kern (KV Hamburg-Eimsbüttel); Zohra Mojadeddi (KV Hamburg-Wandsbek); Fabian Klabunde (KV Hamburg-Harburg); Sonja Lattwesen (KV Hamburg-Mitte); Phyliss H. Demirel (KV Hamburg-Altona); Linus Görg (KV Hamburg-Wandsbek); René Gögge (KV Hamburg-Nord); Eva Botzenhart (KV Hamburg-Altona); Maryam Blumenthal (KV Hamburg-Wandsbek)

Ä5 Hamburg besticht durch erfolgreiche und schlanke Verwaltungsprozesse!

Antragsteller*in: Linus Görg (KV Hamburg-Wandsbek)

Änderungsantrag zu A5

In Zeile 147:

~~Barrierearmut~~

Barrierefreiheit

Begründung

Das Ziel muss die Barrierefreiheit und nicht nur Barrierearmut sein.

Unterstützer*innen

Phyliss H. Demirel (KV Hamburg-Altona); Zohra Mojadeddi (KV Hamburg-Wandsbek); Alske Rebekka Freter (KV Hamburg-Nord); Michael Gwosdz (KV Hamburg-Eimsbüttel); Mareike Engels (KV Hamburg-Altona); Eva Botzenhart (KV Hamburg-Altona); Lisa Kern (KV Hamburg-Eimsbüttel); Maryam Blumenthal (KV Hamburg-Wandsbek); Charlotte Stoffel (KV Hamburg-Altona)

Ä4 Hamburg besticht durch erfolgreiche und schlanke Verwaltungsprozesse!

Antragsteller*in: Linus Görg (KV Hamburg-Wandsbek)

Änderungsantrag zu A5

Von Zeile 153 bis 155:

29. geschaffen, der analoge sowie der Online-Auftritt so leserlich wie möglich dargestellt und Verwaltungsmitarbeiter*innen im ~~Bereich Barrierearmut~~ Hinblick auf Barrierefreiheit^[4] geschult werden. Davon profitieren letztlich alle Nutzer*innen. Die Nutzer*innen wollen wir auch direkt unterstützen, beispielsweise durch Schulungsangebote sowie Hilfestellungen bei der konkreten Nutzung digitaler Verwaltungsleistungen im Bedarfsfall.

Begründung

Von digitaler Barrierefreiheit profitieren alle Menschen, denn sie erhöht generell die Benutzerfreundlichkeit. Neben allgemeinen Maßnahmen zur Schaffung barrierefreier Angebote müssen auch diejenigen Nutzer*innen abgeholt werden, die aus unterschiedlichen Gründen trotzdem Schwierigkeiten mit der Nutzung dieser Angebote haben.

Unterstützer*innen

Jennifer Jasberg (KV Hamburg-Bergedorf); Zohra Mojadeddi (KV Hamburg-Wandsbek); Alske Rebekka Freter (KV Hamburg-Nord); Michael Gwosdz (KV Hamburg-Eimsbüttel); Mareike Engels (KV Hamburg-Altona); Eva Botzenhart (KV Hamburg-Altona); Lisa Kern (KV Hamburg-Eimsbüttel); Maryam Blumenthal (KV Hamburg-Wandsbek); Phyliss H. Demirel (KV Hamburg-Altona); Charlotte Stoffel (KV Hamburg-Altona); Jasper Ole Felix Kiehn (KV Hamburg-Nord)

Ä3 Hamburg besticht durch erfolgreiche und schlanke Verwaltungsprozesse!

Antragsteller*in: Linus Görg (KV Hamburg-Wandsbek)

Änderungsantrag zu A5

Von Zeile 167 bis 168:

~~^[4]Je barriereärmer ein (Online-)Angebot ist, desto weniger sprachliche und andere Barrieren sind vorhanden.~~

^[4]Der Begriff digitale Barrierefreiheit bedeutet, dass die uneingeschränkte Verfügbarkeit und Zugänglichkeit zur Informationstechnik (Internet, Dokumente und mobile Anwendungen) für alle Menschen, unabhängig ihrer etwaigen Einschränkungen oder technischen Möglichkeiten, gewährleistet wird.

Begründung

Definition

Unterstützer*innen

Jennifer Jasberg (KV Hamburg-Bergedorf); Zohra Mojadeddi (KV Hamburg-Wandsbek); Alske Rebekka Freter (KV Hamburg-Nord); Michael Gwosdz (KV Hamburg-Eimsbüttel); Mareike Engels (KV Hamburg-Altona); Eva Botzenhart (KV Hamburg-Altona); Lisa Kern (KV Hamburg-Eimsbüttel); Phyliss H. Demirel (KV Hamburg-Altona); Maryam Blumenthal (KV Hamburg-Wandsbek); Charlotte Stoffel (KV Hamburg-Altona)

Ä7 Hamburg besticht durch erfolgreiche und schlanke Verwaltungsprozesse!

Antragsteller*in: Mareike Engels (KV Hamburg-Altona)

Änderungsantrag zu A5

Nach Zeile 46 einfügen:

- Soziale Dienstleistungen, insbesondere existenzsichernde Leistungen, werden zügig, zugewandt und niedrigschwellig erbracht. Die Verwaltung wirkt aktiv daran mit soziale Rechte auch tatsächlich zu verwirklichen.

Unterstützer*innen

Michael Gwosdz (KV Hamburg-Eimsbüttel); Phyliss H. Demirel (KV Hamburg-Altona); Alske Rebekka Freter (KV Hamburg-Nord); Cornelia Bartsch (KV Hamburg-Harburg); Charlotte Stoffel (KV Hamburg-Altona); Lena Zagst (KV Hamburg-Mitte); Linus Görg (KV Hamburg-Wandsbek); Lisa Kern (KV Hamburg-Eimsbüttel); Benjamin Eschenburg (KV Hamburg-Altona); Mathilda Kähler (KV Hamburg-Altona); Lukas Cramer (KV Hamburg-Altona); Sonja Lattwesen (KV Hamburg-Mitte); Zohra Mojadeddi (KV Hamburg-Wandsbek); Dana Vornhagen (KV Hamburg-Altona); Silvana Günther (KV Hamburg-Altona); Eva Botzenhart (KV Hamburg-Altona)

Ä6 Hamburg besticht durch erfolgreiche und schlanke Verwaltungsprozesse!

Antragsteller*in: Mareike Engels (KV Hamburg-Altona)

Änderungsantrag zu A5

Nach Zeile 108 einfügen:

5. Bei Folgeanträgen (z.B. von Kita-Gutscheinen) sollen regelhaft nur Nachweise oder Unterlagen erbracht werden, wenn sich Änderungen ergeben haben.

Unterstützer*innen

Phyliss H. Demirel (KV Hamburg-Altona); Lisa Kern (KV Hamburg-Eimsbüttel); Michael Gwosdz (KV Hamburg-Eimsbüttel); Alske Rebekka Freter (KV Hamburg-Nord); Cornelia Bartsch (KV Hamburg-Harburg); Charlotte Stoffel (KV Hamburg-Altona); Lena Zagst (KV Hamburg-Mitte); Linus Görg (KV Hamburg-Wandsbek); Benjamin Eschenburg (KV Hamburg-Altona); Mathilda Kähler (KV Hamburg-Altona); Lukas Cramer (KV Hamburg-Altona); Sonja Lattwesen (KV Hamburg-Mitte); Zohra Mojadeddi (KV Hamburg-Wandsbek); Dana Vornhagen (KV Hamburg-Altona); Silvana Günther (KV Hamburg-Altona); Eva Botzenhart (KV Hamburg-Altona)

Ä1 Ambitioniert, aber notwendig: Überwindung von Obdach- und Wohnungslosigkeit bis 2030

Antragsteller*in: Ursula Jaeger

Änderungsantrag zu A9

Von Zeile 33 bis 35 einfügen:

Alleinstehende, die nach einer Kündigung wegen Eigenbedarf partout keine bezahlbare Wohnung finden. Dies gilt auch für Menschen, die ohne Papiere zu uns kommen, da sie komplett durch das „Raster“ der gesetzlichen Möglichkeiten fallen. Diesen Personenkreis ebenfalls in den Fokus zu nehmen, halten wir für geboten.

Begründung

Die Änderung ist als Ergänzung zum bestehenden Antrag zu sehen. Wir bitten bei der Annahme des Antrags auf Übernahme des ergänzten Passus.

Ursula Jäger und Ulrich Braun / LAG Migration und Flucht

Unterstützer*innen

Kemal Anıl Kaputanoğlu (KV Hamburg-Nord); Mareike Engels (KV Altona); Michael Gwosdz (KV Hamburg-Eimsbüttel); Gero Hellmann-Warnecke (KV Hamburg-Nord); Klaus-Joachim Reinig (KV Hamburg-Altona); Phyliss H. Demirel (KV Hamburg-Altona); Alske Rebekka Freter (KV Hamburg-Nord); Manfred Ossenbeck (KV Hamburg-Nord); Julius Nebel (KV Hamburg-Mitte); Jan Vlamynck (KV Hamburg-Bergedorf)

Ä1 Kindergesundheit in Hamburg verbessern – Teilnahme an Vorsorgeuntersuchungen zur Früherkennung, Therapie und Förderung für alle Kinder sicherstellen

Antragsteller*in: Linda Heitmann (KV Hamburg-Altona)

Änderungsantrag zu A17

Von Zeile 67 bis 68 einfügen:

Versorgung die U-Untersuchungen und weitere Diagnostik und Therapie durch den Öffentlichen Gesundheitsdienst erhalten.

- sicherstellen, dass auch Familien mit Sprachbarrieren sowohl im Rahmen des verbindlichen Einladewesens, als auch bei den Untersuchungen selbst so informiert werden, dass ein voll umfängliches Verständnis der Informationen gewährleistet ist. Im Rahmen des Einladewesens sollte dies über mehrsprachige Schreiben oder auch Verweise auf online verfügbare Informationen in der jeweiligen Muttersprache erfolgen. Im Rahmen der Untersuchung selbst muss gewährleistet sein, dass im Zweifel Sprachmittlung in Anspruch genommen werden kann. Wir setzen uns auch mit Nachdruck dafür ein, dass die Vereinbarung im Koalitionsvertrag der Ampel auf Bundesebene, Sprachmittlung im Gesundheitswesen zur gesetzlichen Leistung zu machen, schnellstmöglich umgesetzt wird.

Begründung

Hoffentlich selbsterklärend: Sprachbarrieren dürfen kein Hindernis sein, wenn es darum geht, die U-Untersuchungen wahrzunehmen und auch die Untersuchungsergebnisse für Eltern und Kinder verständlich zu vermitteln.

Unterstützer*innen

Michael Gwosdz (KV Hamburg-Eimsbüttel); Jasper Ole Felix Kiehn (KV Hamburg-Nord); Linus Görg (KV Hamburg-Wandsbek); Gudrun Schittek (KV Hamburg-Harburg); Gudrun Perlbach (KV Hamburg-Harburg); Carl Jannes Neuse (KV Hamburg-Altona); Michael Gümbel (KV Hamburg-Mitte); Mathilda Kähler (KV Hamburg-Altona); Ute Groll (KV Hamburg-Altona)

Ä1 Klimaresilienz im öffentlichen Raum

Antragsteller*in: Sonja Lattwesen (KV Hamburg-Mitte)

Änderungsantrag zu A19

Von Zeile 22 bis 26:

und Quartiersentwicklung nachhaltig, resilient und gesundheitsfördernd zu gestalten.

~~Insbesondere die Studie Security by Design hebt hervor, dass Resilienzräume zur kritischen Infrastruktur in Städten per Definition zu zählen sind.~~

Daher wollen wir,

Begründung

Es gibt ca. 100 Studien zu "Security by Design". Eine davon hebt auf den Schutz vor Terroristischen Angriffen durch Stadtgestaltung an. Diese Studie würde ich nicht seriös auf diesen Satz herunterbrechen, in dieser Kausalität und Verknüpfung ist das nicht wissenschaftlich tragbar.

Unterstützer*innen

Michael Gwosdz (KV Hamburg-Eimsbüttel); Jennifer Jasberg (KV Hamburg-Bergedorf); Christian Trede (KV Hamburg-Altona); Alske Rebekka Freter (KV Hamburg-Nord); Leon Alam (KV Hamburg-Mitte); Zohra Mojadeddi (KV Hamburg-Wandsbek); Eva Botzenhart (KV Hamburg-Altona); Maryam Blumenthal (KV Hamburg-Wandsbek); Lisa Kern (KV Hamburg-Eimsbüttel); Charlotte Stoffel (KV Hamburg-Altona); Olaf Duge (KV Hamburg-Wandsbek)